

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND



FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

EIN JOINTVENTURE VON GRÜNER + JAHR UND DER FINANCIALTIMES GRUPPE

Progressive Governance

A joint series of ,Financial Times Deutschland‘ in co-operation with ,Les Echos‘, France and ,Expansión‘, Spain

- Part 1: **IMF reform: Right ideas, wrong intentions** (Charles Wyplosz)
- Part 2: **The world lacks a cross-cultural global governance concept** (Bassam Tibi)
- Part 3: **The global civil society – The other face of globalisation** (Thomas Risse)
- Part 4: **Strengthening the endangered international financial system** (Andrew Crockett)
- Part 5: **Achieving full employment in Europe** (Richard Layard)
- Part 6: **Europe’s road to social modernisation** (Dirk Benschop)
- Part 7: **A voice for civil society** (Peter Wahl)
- Part 8: **The IMF’s failing in the fight against poverty** (Kevin Watkins)
- Part 9: **Protests in Washington don’t help the world’s poor** (Bernhard Wasow)
- Part 10: **Europe can do without a new bill of rights** (Josef H. H. Weiler)
- Part 11: **Politics must yield responsibilities to the private sector** (Birger P. Priddat)
- Part 12: **Direct democracy: When the sovereign is the people** (Lars P. Feld und Gebhard Kirchgässer)
- Part 13: **Catching up with the US economy does not imply social injustice** (Christian Sautter)
- Part 14: **Wage subsidies are not a cheap solution** (Waltraud Schelkle)
- Part 15: **The internet revolution could split society** (Miriam Meckel)
- Part 16: **Global problems demand global solutions** (Inge Kaul)
- Part 17: **The state alone can activate civil society** (Rolf G. Heinze)



FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

EIN JOINT VENTURE VON GRÜNER + JAHR UND DER FINANCIAL TIMES GRUPPE

Progressive Governance

Eine Serie der ‚Financial Times Deutschland‘ in Kooperation mit ‚Les Echos‘, Frankreich und ‚Expansión‘, Spanien

- Teil 1: **IWF-Reform: Richtige Ideen, aber falsche Motive** (Charles Wyplosz)
- Teil 2: **Es fehlt ein Kulturübergreifendes Global Governance Konzept** (Bassam Tibi)
- Teil 3: **Die Zivilgesellschaft - Das andere Gesicht der Globalisierung** (Thomas Risse)
- Teil 4: **Ein Schritt zur Stärkung des anfälligen Weltfinanzsystems** (Andrew Crockett)
- Teil 5: **Der Weg zu Vollbeschäftigung in Europa** (Richard Layard)
- Teil 6: **Europas Weg zur sozialen Modernisierung** (Dirk Benschop)
- Teil 7: **Eine Stimme für die Zivilgesellschaft** (Peter Wahl)
- Teil 8: **Der IWF versagt bei der Armutsbekämpfung** (Kevin Watkins)
- Teil 9: **Proteste von Washington helfen den Armen dieser Welt nicht** (Bernhard Wasow)
- Teil 10: **Die Europäer brauchen keine neue Grundrechte-Charta** (Josef H. H. Weiler)
- Teil 11: **Die Politik muss Zuständigkeiten abgeben** (Birger P. Priddat)
- Teil 12: **Direkte Demokratie: Wenn die Macht vom Volk ausgeht** (Lars P. Feld und Gebhard Kirchgässer)
- Teil 13: **Die Aufholjagd zur US-Wirtschaft ist sozialverträglich möglich** (Christian Sautter)
- Teil 14: **Lohnsubventionen sind keine billige Lösung** (Waltraud Schelkle)
- Teil 15: **Die Internet-Revolution könnte die Gesellschaft spalten** (Miriam Meckel)
- Teil 16: **Gegen globale Probleme helfen nur globale Lösungen** (Inge Kaul)
- Teil 17: **Nur der Staat kann die Zivilgesellschaft aktivieren** (Rolf G. Heinze)

Richtige Ideen, aber falsche Motive

Die USA wollen die Rolle des IWF beschränken – aus Eigennutz, nicht um die Welt zu verbessern

GASTKOMMENTAR

Von Charles Wyplosz

Was wollte US-Finanzminister Lawrence Summers wirklich sagen, als er sich vor kurzem dafür aussprach, die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu beschränken? Dass es ein Fehler gewesen sei, Riesenkredite für Mexiko, Thailand, Indonesien, Korea, Russland und Brasilien zu gewähren, die den Zusammenbruch der jeweiligen Landeswährung doch nicht verhindern konnten? Dass der IWF sich auf Währungs- und Fiskalpolitik beschränken sollte? Dass er nicht in nationalstaatliche Souveränität eingreifen dürfe, wie bei der Zerschlagung der Chaebols in Südkorea oder der Schließung einiger Banken in Indonesien?

Wenn dem so wäre, dann hätte Summers einen bemerkenswerten Akt öffentlicher Reue vollzogen: Alle dieser Fehler waren auf Grund direkten Drucks des amerikanischen Finanzministeriums entstanden – oftmals gegen den erklärten Willen des IWF.

Vielleicht wollte Summers den Fonds auch drängen, seine Rolle als globaler „Lender of Last Resort“ (Kreditgeber in letzter Instanz) aufzugeben. Oder er wollte verhindern, dass der IWF den privaten Sektor an seinen Rettungsaktionen beteiligt. Und

möglicherweise wollte er sogar, dass der Fonds seine kürzlich eingeleiteten Kampagnen gegen Armut und Korruption einschränkt. Auch mit einigen dieser Einwände hätte Summers durchaus Recht – aber erneut weisen sie nur auf Fehler hin, welche die USA zu verantworten haben.

Der IWF sollte sich in der Tat auf das beschränken, wozu er geschaffen wurde. Denn die Erweiterung des Handlungsbereichs über seine Kernkompetenzen hinaus erzeugt ein verschwommenes Bild und lädt zur Kritik geradezu ein.

Doch oft war der Fonds dazu gezwungen, weil sonst niemand handelte. Und häufig geschah dies in Notfällen. Internationale Finanzstabilität ist eben nicht nur eine Frage makroökonomischer Politik. In den neunziger Jahren drängten die USA und der IWF vorschnell auf stärkere Integration der Finanzmärkte. Dies hat eine Situation provoziert, in der sich Krisen heute weltweit schneller ausbreiten als die Grippe im Winter.

Immer mehr Schwellenländer füllen die Lücke zwischen Armut und Überfluss. Dabei gewinnen sie genug Finanz- und Wirtschaftskraft, um weltweite Störungen auszulösen, sobald sie ins Stolpern geraten. Es ist fortan eine wichtige Aufgabe, solche Unfälle zu vermeiden. Dies impliziert: Korruption muss unterbunden

und Ungleichheit bekämpft werden, denn beide führen unausweichlich zu Unfrieden und Ineffizienz.

Im globalen Dorf brauchen wir einen Kodex guten wirtschaftlichen und politischen Verhaltens, sowohl in aufstrebenden Schwellenländern als auch in der industrialisierten Welt. Der IWF hat sich dieser Aufgaben angenommen, weil es sonst niemand tut. Aber es ist aus mehreren Gründen nicht sein Job – Gründe, die Summers jedoch nicht meinte.

Erstens muss der IWF Interessenkonflikte vermeiden. Er kann nicht Regulator und Feuerwehrmann zugleich sein. Erst drängte er Südkorea, alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs aufzuheben, und übersah, welch schwerwiegende Fehlsteuerungen daraus folgen würden. Wie hätte dem Land da Riesenkredite verweigern können? Und wie hätte er davon absehen können, auf die Korrektur des Fehlers zu drängen?

Vor der Krise hatte der Fonds versagt, danach versuchte er, sein Ansehen mit einem Kurswechsel wiederherzustellen – ein schlechtes Rezept. Kern des Übels ist jedoch, dass die USA sowohl auf Finanzmarktliberalisierung als auch auf das Zerschlagen der Chaebols drängten, um eigene Geschäftsinteressen zu bedienen. Aber der IWF darf nicht der Laufburste seines Hauptaktionärs sein.

Zweitens fehlt dem IWF die Legitimation, die Dritte Welt zu regulieren. 1945 wurde er als ein Club von 29 Mitgliedern gegründet, um die ge-

genseitige Gewährung von Notkrediten zu gewährleisten. Die meisten der heute 182 Mitgliedsländer waren zu dieser Zeit Kolonien. Sie verfügen lediglich über ein Drittel der IWF-Stimmrechte.

Schließlich schafft es der Fonds nicht, seine Absichten gegen die Industrieländer durchzusetzen. Unzählige Studien kommen zu dem Ergebnis, das private Finanzunternehmen, die hochprofitable Geschäfte in der Dritten Welt machen, auch einen Teil der Risiken übernehmen sollten. Kommt es zu Unfällen, dann sollten sie ihren Teil zur Lösung beitragen, statt sich vom IWF aus der Patsche helfen zu lassen. Aber einige Lobbyisten aus dem Finanzsektor sträuben sich dagegen, und sie finden das Ohr des US-Finanzministers. Folglich blockieren die Vereinigten Staaten mit ihrer dominierenden Position derartige Reformen.

Es ist eine gute Idee, den IWF auf seinen eigentlichen Verantwortungsbereich zu beschränken. Aber es gibt Aufgaben in den Entwicklungsländern – beispielsweise die Regulierung der Finanzsysteme – für die wir geeignete Institutionen brauchen. Solange diese fehlen, kann man dem IWF keinen Vorwurf machen, wenn er sich einmischt.

CHARLES WYPLOSZ ist Volkswirtschaftsprofessor am Graduate Institute for International Studies in Genf und Programmdirektor für Internationale Makroökonomik am CEPR in London.



ERSTER TEIL EINER SERIE

Es fehlt ein kulturübergreifendes Global Governance Konzept

Westliche Vorstellungen sind mit dem politischen Islam unvereinbar · Der fehlende Konsens radikalisiert

GASTKOMMENTAR

Von Bassam Tibi

In Davos 2000 war die Botschaft für das neue Millennium, Globalisierung sei das unentrinnbare Schicksal der Menschheit. Es gibt Wirtschaftskreise, die Automatismen bei der Globalisierung der Märkte mechanisch auf alle anderen Bereiche übertragen. Es gibt aber auch Experten, die besondere Anstrengungen fordern, um eine friedliche weltpolitische Ordnung zu etablieren.

Im Rahmen dieser so genannten Global Governance sollen demokratische Staaten, die von ihrer Bevölkerung akzeptiert werden, in denen Menschenrechte gelten und die den Werten des Völkerrechts verpflichtet sind, zusammenarbeiten. Unterschiedliche Zivilisationen haben jedoch verschiedene Vorstellungen, auf welchen Grundsätzen diese Weltordnung beruhen soll. Zum Teil sind diese unvereinbar.

Als liberaler Muslim weiß ich, dass in der islamischen Zivilisation andere Vorstellungen darüber vorherrschen als im Westen. Weil ich als Brückenbauer vermitteln will, halte ich folgendes für besonders wichtig: Wir brauchen einen Konsens unter den Kulturen und Zivilisationen über ein Muster von Global Governance, das alle Parteien akzeptieren können. Hilfreich ist hier meine Formel von der kulturübergreifenden internationalen Moralität, ein anderer Begriff

für einen Konsens unter den Zivilisationen über Normen und Werte, die der Global Governance zu Grunde liegen sollten. Zu den Werten dieses kulturübergreifenden Konzepts gehören die Trennung von Religion und Politik, individuelle Menschenrechte und Demokratie.

Wir brauchen nicht nur diesen Konsens, sondern auch ein klares Bewusstsein von den Gegenkräften. Denn nur dann könne wir mit ihnen adäquat umgehen. Wir können nicht so tun, als sei Globalisierung ein Bulldozer, der alles durch Einebnung standardisiert. Denn es findet bereits eine Revolte gegen diese Einebnung statt – in Form einer Neubelebung der zivilisatorischen Weltanschauungen.

In Davos haben auch liberal und demokratisch gesinnte Staatsmänner aus der Welt des Islam, allen voran Präsident Abdurrahman Wahid aus Indonesien und König Abdullah von Jordanien, zugestimmt, dass wir einen universell gültigen Konsens über Global Governance benötigen.

Aber die Opposition in der islamischen Welt, an deren Spitze der politische Islam steht, vertritt weit weniger versöhnliche und einvernehmliche Auffassungen. Die Muslime bilden zwar mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen weit mehr als ein Sechstel der Menschheit. Doch ist Global Go-

vernance nach Stil des Islamismus nicht das, was die Menschheit benötigt – und obendrein nicht einmal konsensfähig unter den Muslimen selbst. Islamisten behaupten, dass Governance im Einklang mit dem Koran stehen müsse, das heißt auch im Einklang mit den göttlichen Grundsätzen der Schari'a, des islamischen Rechts.

Sie wollen die Gottesherrschaft Hakimiyyat Allah als Grundlage für Global Governance durchsetzen. Der islamische Gottesstaat leitet seine Ordnung und Legitimität aus der Schari'a ab, die weder mit Demokratie noch mit Menschenrechten konsistent ist. Daher steht diese Vorstellung einer Weltordnung im Widerspruch zum westlichen Global Governance Konzept.

Das Bedürfnis nach einer kulturübergreifenden Global Governance für Friedenspolitik im neuen Millennium zwingt dazu, sich mit derartigen Gegenkräften zu befassen. Doch mit der Huntington-Keule des „Kampfes der Kulturen“ – einer falschen Übersetzung des Clash of Civilizations – soll jede Thematisierung dieser Problematik „politisch korrekt“ unterdrückt werden.

Man kann nicht so tun, als würden diese nicht existieren und als sei es ein bequemer Spaziergang, Muster

der Global Governance zu finden, die in allen Kulturen und Zivilisationen, Zustimmung finden. Die Realität ist dorniger, als man es sich wünscht.

Zur Globalisierung gehört auch die weltweite Migration und das Durchlässigwerden der Grenzen. Auf diese Weise kommen Menschen mit eigenen weltanschaulichen Vorstellungen auch nach Europa. Zur anstehenden Debatte gehört die Frage, ob die 15 Millionen in Westeuropa lebenden Muslime (weitere 10 Millionen in den USA) die westlichen Formen von Governance als Grundlage für eine Weltordnung akzeptieren.

Der Westen ist gefordert, mit liberalen und demokratischen Muslimen zusammenzuarbeiten, die für diese nur konsensuell zu erreichende Grundlage offen sind. Der Westen muss dabei auf einen Universalismus verzichten, der ausschließlich westliche Weltanschauungen zum Ausdruck bringt.

Er muss auch lernen, zwischen Islam und dem Islamismus zu unterscheiden. Letzterer ist nicht Terrorismus, wie die Medien unterstellen. Er ist eine Ordnungsvorstellung, die eine Alternative zur Global Governance-Weltanschauung propagiert. Diese allerdings steht nicht im Einklang mit den westlichen Werten und Normen.

BASSAM TIBI ist Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen und Bosch Visiting Professor an der Harvard University.



2. Teil der Serie
Mit "Les Echos",
Frankreich und
"Expansión", Spanien

Das andere Gesicht der Globalisierung

Glaubwürdigkeit, Sachkenntnis und Vernetzung begründen den Einfluss von internationalen NGOs

GASTKOMMENTAR

Von Thomas Risse

Die Globalisierungsdebatte konzentriert sich auf ökonomische und finanzielle Internationalisierungsprozesse. Doch sie hat noch ein anderes Gesicht: Nicht-Regierungsorganisationen beeinflussen zunehmend die Politik von Staaten und internationalen Organisationen. Ein Beispiel: Jedes Jahr veröffentlicht Transparency International, eine kleine internationale Nicht-Regierungsorganisation (INGO) aus Berlin, einen Korruptionsindex. Er listet auf, für wie korrupt die Länder gehalten werden. Obwohl es die Organisation erst seit 1993 gibt, hat sie eine weltweite Anti-Korruptions-Kampagne begründet und beeinflusst die Politik führender Industriestaaten und internationaler Organisationen.

Ein anderes Beispiel: Obwohl Chile Ex-Diktator Augusto Pinochet aus seinem Londoner Hausarrest entlassen wurde, überlegen viele Ex-Despoten, ob sie noch ins Ausland reisen sollten. Im Falle Pinochets kam eine von INGOs angeführte – Kampagne zu ihrem vorläufigen Abschluss, die 1973 mit dem Militärputsch in Chile begonnen hatte.

Nicht erst seit dem WTO-Gipfel in Seattle haben Regierungen und multinationale Unternehmen gelernt, dass es für sie auch materiell sehr teuer werden kann, wenn sie die Anliegen von INGOs ignorieren. Aber

was begründet den Einfluss der „Unternehmer in Sachen Moral“? Materielle Ressourcen sind es nicht, denn selbst die „Multis“ unter den INGOs wie Amnesty International, Médecins Sans Frontières und Greenpeace verfügen über bescheidene Budgets im Vergleich zu den Werbebetats von Staaten und Großkonzernen. Drei andere Faktoren sind relevant.

Erstens ist dies die Glaubwürdigkeit in einer Weltöffentlichkeit, die Politikern Macht- und Unternehmen Profitinteressen unterstellt. Wer sich als moralische Autorität und legitime Vertreterin des (Welt-)Allgemeinwohls jenseits aller Partikularinteressen etabliert hat, kann dies in der Auseinandersetzung mit Politik und Wirtschaft in moralische Macht und politischen Einfluss umsetzen. Amnesty International hat sich ihren Ruf als unbeirrbar und politisch neutrale Verfechterin der Menschenrechte über Jahrzehnte erarbeitet.

Hinzu kommt zweitens die Sachkenntnis. Die Informationen, die INGOs Regierungen, internationalen Organisationen, Privatunternehmen und Medien zur Verfügung stellen, müssen sorgfältig recherchiert sein, damit sie Wirkung haben. So berufen sich beispielsweise westliche Regierungen immer wieder auf Amnesty-

Informationen. Amnesty hat ausgeklügelte Regeln der Informationsbeschaffung und -verarbeitung – in gewissem Sinne definiert sie, was eine Menschenrechtsverletzung ist. Moralische und Sachautorität gehören untrennbar zusammen und machen die Legitimationsbasis aus.

Drittens sind weltweite Vernetzung und schnelle Informationsweitergabe wichtig. Aktivistinnen und Aktivistinnen von INGOs sind mit Gleichgesinnten weltweit in ständigem Informations- und Gedankenaustausch. Lange bevor das Internet kommerziell interessant wurde, diente es transnationalen Netzwerken in der Menschenrechts-, Umwelt-, Entwicklungspolitik zur sekundenschnellen Kommunikation über Ländergrenzen hinweg.

Einige argumentieren daher, es bilde sich so etwas wie eine transnationale Zivilgesellschaft, die die „Staatenwelt“ zunehmend in Bedrängnis bringe oder sie gar ersetze. Sicher ist richtig, dass transnationale Netzwerke in vielen Bereichen die Themen der internationalen Politik (mit-)definieren – von der Anti-Landminenkampagne über den Klimaschutz bis hin zu einer umwelt- und entwicklungsverträglichen Weltwirtschaft. Die meisten interna-

tionale Abkommen in diesen Bereichen wären nicht zustande gekommen ohne das jahrelange zähe Drängen der INGOs. Doch kann nicht geschlossen werden, Staaten und internationale Organisationen würden in der Weltpolitik obsolet. Es handelt sich nicht um ein Nullsummenspiel. Etwa bei den Vereinten Nationen, der Weltbank oder auch der Europäischen Union nimmt die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen INGOs, Regierungsvertretern und Unternehmen bei der Bewältigung internationaler Probleme zu.

Regieren jenseits des Nationalstaats verlangt Umdenken aller Beteiligten. Regierungen und Konzernvertreter müssen lernen, dass die INGO-Welt keineswegs mehr aus den Schmutzkindern der Protestbewegungen besteht. Sie hat sich professionalisiert, auf ihre Sachkompetenz kann man nicht verzichten. INGOs müssen lernen, moralischen Protest in konkrete Politikempfehlungen umzusetzen und mit den Mächtigen der Welt zu kooperieren, ohne ihre Unabhängigkeit und Neutralität – die Grundvoraussetzung ihrer moralischen Autorität – aufzugeben.

THOMAS RISSE ist Professor für Internationale Beziehungen am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen auf.



3. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien

Ein Schritt zur Stärkung des anfälligen Weltfinanzsystems

Am Sonntag wird das Forum für Finanzstabilität in Singapur erste Reformvorschläge präsentieren

GASTKOMMENTAR

Von Andrew Crockett

Markt Twain sagte einmal: „Die Menschen sprechen andauernd über das Wetter, aber niemand tut etwas dagegen.“ Das Gleiche gilt für die Diskussion über die internationale Finanzarchitektur. Zwei Jahre nach dem Ausbruch der Asien-Krise, nachdem unzählige Konferenzen zu dem Thema stattgefunden haben und ebenso viele Aufsätze dazu geschrieben worden sind, ist ein grandioses neues Design nach wie vor nicht in Sicht.

Dennoch: Die Diskussion bewegt sich in die richtige Richtung. Zunächst braucht das internationale Finanzsystem gar kein radikales Neudesign, sondern einen verbesserten Modus operandi. Wir müssen Wege finden, um jene schädliche Instabilität zu vermindern, die die Finanzmärkte in den vergangenen Jahren so in Mitleidenschaft gezogen haben.

Als erstes müssen die Gefahren von Marktversagen erkannt werden – das sind Störungen, die von irrationalem Überschwang, Investorenpanik und dem Übergreifen von Krisen auf andere Finanzmärkte herühren. Regulatoren wie Praktiker gewöhnen sich zunehmend an Fachbegriffe wie Moral Hazard, asymmetrischer Information und adverser Selektion. Das Weltfinanzsystem muss mit diesen Konstruktionsfehlern fertig werden. Dazu bedarf es ef-

fektiverer Aufsicht und Regulation der Finanzmärkte, sowie besserer Anreize zu umsichtigerem Verhalten.

Der Finanzsektor besteht aus drei Elementen, die miteinander in Wechselwirkung stehen: Dies sind erstens die Intermediäre, wie Banken, Broker und Versicherungen. Zweitens gehören dazu die Märkte, in denen Intermediäre agieren; und drittens die legale und technische Infrastruktur, die den Transaktionen unterliegt, also zum Beispiel Buchhaltungsstandards und Systeme zum Abgleich von Zahlungsansprüchen.

All diese Elemente sind anfällig für Ineffizienz und Instabilität, wenn sie nicht umsichtig gemanaged werden. Märkte sind aneinander gekoppelt – deshalb kann finanzielle Instabilität, wo auch immer sie entsteht, schnell nationale Grenzen überschreiten. In entwickelten Volkswirtschaften existieren Regeln und Verfahren, um diese Risiken zu minimieren. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der Veränderungen der Finanzsysteme vollziehen, müssen diese jedoch ständig überprüft und gestärkt werden.

Hier liegt die Aufgabe des neuen Forums für Finanzstabilität (FSF). Das FSF ist einzigartig. Es bringt jene Organisationen, die Standards an

den Finanzmärkten setzen, an einen Tisch mit nationalen Regulierungsbehörden und internationalen Organisationen – darunter der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die OECD.

Das FSF wurde letztes Jahr von der G7 gegründet und hat drei Aufgaben: Die Anfälligkeit der nationalen und internationalen Finanzsysteme zu prüfen; Aktionen zu identifizieren und zu überwachen, die nötig sind, um die Schwachpunkte zu bekämpfen; und die Politikkoordination jener Institutionen zu überprüfen, die für Finanzstabilität verantwortlich sind. Was hat das FSF in den ersten zwölf Monaten seiner Existenz erreicht?

Die Antwort dürfte kommenden Sonntag bei der FSF-Konferenz in Singapur klar werden. Die Teilnehmer werden sich mit den Berichten dreier FSF-Untergruppen befassen. Die erste Gruppe, geleitet vom Chef der britischen Finanzaufsichtsbehörde Howard Davies, hat sich mit den Risiken beschäftigt, die von Hedgedfonds ausgehen. Eine zweite Gruppe, geleitet von Mario Draghi, Generaldirektor des italienischen Schatzministeriums, hat die Wirkung immer stärker schwankender Kapitalströme analysiert. Eine dritte Gruppe unter John Palmer, dem obersten Fi-

nanzregulator Kanadas, hat die Auswirkungen von Offshore-Finanzzentren untersucht.

Als Vorsitzender des Forums werde ich mich dafür einsetzen, dass die G7, die G20 und der IWF die Empfehlungen dieser Gruppen soweit als möglich übernehmen. Die eigentliche Herausforderung wird jedoch die Umsetzung sein. Das Forum wird und sollte nicht nur daran gemessen werden, ob seine Empfehlungen Sinn machen, sondern auch daran, ob sie den Weg in die Praxis finden.

Ebenso wichtig ist die Umsetzung international anerkannter Standards zur Stärkung der Finanzsysteme. Das FSF hat eine entsprechende Expertengruppe eingesetzt, geleitet von Andrew Sheng, dem Vorsitzenden der Securities and Futures Kommission von Hongkong.

Sollte das Forum seine Effektivität demonstrieren, wird es zu einer wichtigen Säule der „neuen“ Finanzarchitektur werden. Mit seiner einzigartigen Mitgliederstruktur kann es einen effektiven Dialog darüber einleiten, wie die Anfälligkeit der Finanzmärkte geheilt werden kann.

ANDREW CROCKETT ist Vorsitzender des Forums für Finanzstabilität und Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen auf.



**4. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien**

Der Weg zu Vollbeschäftigung in Europa

Die EU-Regierungen müssen umdenken: Vorruhestand und Arbeitsverkürzung führen in die Irre

GASTKOMMENTAR

Von Richard Layard

Bei ihrem Treffen in Lissabon müssen die europäischen Staats- und Regierungschefs mehr als nur eine Liste guter Absichten zustande bringen. Europa braucht eine wirksame Strategie, um Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Kurzfristige Arbeitslosigkeit ist zwar auch hier nicht weiter verbreitet als etwa in den USA. Aber während es dort kaum Langzeitarbeitslose gibt, ist jeder zwanzigste Europäer seit über einem Jahr ohne Beschäftigung.

Der Hauptgrund liegt, zumindest für weite Teile Nordeuropas, darin, dass Arbeitslose über lange Zeiträume staatliche Unterstützung erhalten, die an nur wenige Auflagen gebunden ist. Auf diese Weise subventionieren die Zahlungen Untätigkeit und verlängern Abhängigkeit, was schmerzhaft für die Arbeitslosen und teuer für die Gesellschaft ist.

Wir brauchen eine neue Strategie. Sie muss verhindern, dass Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit abgleiten, wodurch sie zunehmend unattraktiv für Arbeitgeber und eine Last für sich selber werden. Stattdessen sollten wir anstreben, dass jeder Arbeitslose innerhalb eines Jahres ein Stellen- oder Weiterbildungsangebot erhält. Dies wird zwar Kosten verursachen und erhebliche Anstrengungen erfordern – freie Stellen müssen erst gefunden und die Arbeitslosen ange-

lernt werden, wofür sie Rat und Unterstützung brauchen. Dem stehen aber Einsparungen bei den Sozialleistungen gegenüber.

Europas Staats- und Regierungschefs hatten sich im Grunde bereits 1997 in Luxemburg auf diese Linie geeinigt. Aber bisher ist kaum etwas davon umgesetzt worden. In Lissabon sollte dies ein Kernanliegen sein.

Es gibt einen zweiten Aspekt. Nur wenige Menschen werden die Sozialhilfe aufgeben und in den Arbeitsmarkt zurückkehren, wenn sie es sich leisten können, Stellenangebote auszuschlagen und weiter von staatlicher Unterstützung zu leben. Zusätzlichen Rechten müssen zusätzliche Pflichten gegenüberstehen. Wem Hilfe angeboten wird, der muss sie annehmen – sonst verliert er

die Unterstützung. Das ist das Grundprinzip des britischen „New Deal“ und ähnlicher Programme in Dänemark und den Niederlanden.

In Italien, Spanien und Ostdeutschland jedoch stellt sich die Lage etwas anders dar. Dort gibt es Regionen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit, die verursacht ist durch ein unangemessen hohes Lohnniveau. Kollektive Lohnverhandlungen heben die Löhne in Regionen hoher Arbeitslosigkeit auf ein ähnliches Ni-

veau wie in Gegenden, wo Arbeitskräfte knapp sind. Die einzige Lösung ist, regionenspezifische Abschlüsse zu verhandeln. In Großbritannien etwa sind die Löhne in Gegenden hoher Arbeitslosigkeit relativ gesunken, was die Verlagerung von Arbeitsplätzen gestoppt hat. Gleiches sollte in Südeuropa geschehen – verbunden mit Anreizen zu stärkerer Mobilität für Arbeitnehmer.

Leider herrscht in Europa eine andere Philosophie. Danach ist die Menge an vorhandener Arbeit unabhängig von der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte und deren Verhalten. Arbeitslosigkeit entspricht den Arbeitskräften minus den vorhandenen Arbeitsplätzen. Um sie zu verringern, muss man nur die Zahl der Arbeitskräfte entspre-

chend reduzieren, etwa durch Ausweitung des Vorruhestands.

Dergleichen ist in Europa in großem Umfang geschehen, und es wird noch heute von deutschen Gewerkschaften gefordert. Aber es gibt keinerlei Belege, dass diese Politik funktioniert. Im Gegenteil: In Ländern, wo der Vorruhestand ausgeweitet wurde, ist die Arbeitslosigkeit sogar weniger gesunken als anderswo.

In Wahrheit wächst und fällt die Zahl der Arbeitsplätze nämlich mit

der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte. Von einem Jahr auf das andere bestimmt zwar die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften die Beschäftigung. Aber diese Nachfrage wird durch das vorhandene Arbeitskräftepotenzial begrenzt.

Der Schlüssel zu mehr Wohlstand liegt demnach in der Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials. Dazu müssen wir erstens die Arbeitslosen mobilisieren, damit sie nicht in Langzeitarbeitslosigkeit abrutschen. Zweitens müssen wir den Trend zu Ausweitung des Vorruhestands umkehren. Auch Frankreichs Arbeitszeitverkürzung wird die Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft senken. Denn auch sie begrenzt auf Dauer die Beschäftigung, indem sie das Arbeitskräftepotenzial verringert.

Vorruhestand wie Arbeitszeitverkürzung basieren auf einem Pessimismus, für den Forschungsergebnisse keinen Anlass bieten. Beide Maßnahmen werden die Arbeitslosigkeit allenfalls vorübergehend verringern. Und beide werden mit Sicherheit Europas Volkswirtschaften schwächen. Dies sollten Europas Politiker bestimmt nicht anstreben.

RICHARD LAYARD ist Direktor des Centre for Economic Performance an der London School of Economics.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen auf.



**5. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien**

Ideenwettbewerb: Europas Weg zur sozialen Modernisierung

In vielen Bereichen ersetzen Staaten und gesellschaftliche Akteure die Kommission als Integrationsmotor

GASTKOMMENTAR

Von Dick Benschop

Zurzeit erleben wir einen rasanten Umbruch unserer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen. Die Wissensökonomie ist dabei die größte Herausforderung. Neben Modernisierung in der Wirtschaft geht es auch um soziale Modernisierung. Wir brauchen neue Konzepte für die soziale Sicherung, die den Menschen Sicherheit bieten, ohne wirtschaftliche Dynamik zu behindern. Dafür brauchen wir Europa – das heißt: Uns gegenseitig. Die Position unserer Länder in der Weltwirtschaft hängt auch ab von unserer gemeinsamen Position in Europa. Die fortschreitende Globalisierung zwingt zu intensiver Zusammenarbeit. Zum Glück können wir immer mehr auf Europa zählen.

Der Charakter der europäischen Integration ändert sich. Die Schaffung europäischer Rechtsnormen war jahrelang einer der Kernpunkte des Integrationsprozesses. Diese Aufgabe ist nun beinahe vollbracht. Natürlich besteht in einigen Fällen noch Handlungsbedarf, etwa beim E-Commerce. Aber die Zeiten, in denen die Regelungsmaschinerie auf vollen Touren lief, sind im Großen und Ganzen vorbei. Der Integrationsprozess hört damit aber nicht auf. Im Gegenteil: Es ist erstaunlich, wie mühelos die Integration auf anderen Wegen und mit neuen Methoden

weiter geht. Anstelle neuer europäischer Rechtsvorschriften und Brüsseler Konzepte entstehen nun Leitlinien und Prozessmodelle.

In vielen Bereichen der europäischen Politik werden neue Methoden angewandt. Beispiele sind die globalen wirtschaftspolitischen Leitlinien im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion und der Luxemburger Prozess zur Beschäftigungsförderung. Auf dem Gipfel in Lissabon ging es um Innovation und Wissen. Gesundheit, Vergreisung und Rentensysteme werden bald folgen. Es geht um Ansätze und Methoden im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, die einen Großteil des Aktionsfeldes der EU betreffen.

Bemerkenswert daran ist: Die Initiativen gehen weder auf Brüsseler Vorschriften zurück, noch werden sie mit EU-Geldern finanziert. Stattdessen wird einfach festgestellt, wie bestimmte Probleme in den Mitgliedsstaaten gelöst werden, wer die beste Methode gefunden hat und welcher Mitgliedsstaat zu besseren Leistungen angespornt oder auch gezwungen werden muss. Im Grunde erleben wir auf europäischer Ebene eine revolutionäre Anwendung moderner Managementtechniken. So entsteht ein formelles wie informelles Zusam-

menspiel der Mitgliedsstaaten: Im Wettbewerb um die besten Ideen strebt man gleichzeitig gemeinsam nach Koordinierung und Abstimmung der Politik. Dies verschafft den Mitgliedsstaaten im Integrationsprozess eine neue Position. War bisher in vielen politischen Bereichen die Kommission der Motor der Integration, übernehmen im neuen Prozess des politischen Vergleichs nun auch

die Mitgliedsstaaten selbst – und mit ihnen andere gesellschaftliche Akteure – diese Rolle. Dies ist eine wichtige und sehr positive Entwicklung, die auch zu einer Politisierung des europäischen Integrationsprozesses führt.

Wir erleben heute eine Vertiefung der Integration – ohne zusätzliche Übertragung von Kompetenzen an Brüssel. Es geht nicht mehr darum, die formalen Befugnisse Brüssels und der Mitgliedsstaaten gegeneinander aufzurechnen. Die reale wirtschaftliche und gesellschaftliche Konvergenz vollzieht sich auf anderem Weg.

Europa entwickelt sich immer mehr zu einem Netzwerk. Ein Netzwerk mit mehreren Machtzentren, das überdies flexibel ist. Es ist sehr nützlich, in solchen Begriffen über Europa zu denken. Es macht uns noch einmal klar, dass wir es mit ei-

nem beispiellosen Projekt zu tun haben, und es hilft uns, Lösungen zu finden, die uns beim klassischen, kanonischen Europadenken verborgen bleiben.

Die neuen Formen der Zusammenarbeit basieren auf Vielfalt, nicht auf Gleichförmigkeit. Das ist richtig, denn für Modernisierung gibt es kein Patentrezept. Modernisierung kann nicht gelingen, wenn sie als Homogenisierung verstanden wird. Für Europa muss Vielfalt der Ausgangspunkt sein. Eine effektive Modernisierung geht aus von der Geschichte, Tradition und Kultur einer Gesellschaft. Vielfalt tut der europäischen Politik gut, denn sie lässt jedem Mitgliedsstaat Raum für Experimente. Europa ist somit ein politisches Laboratorium, in dem Ideen und Strategien im Wettbewerb miteinander und dabei doch gemeinsam entwickelt werden. So wird das Risiko gestreut, und jeder kann von den Erfahrungen anderer lernen. In der größeren, vielfältigeren Union der Zukunft kann das nur von Vorteil sein. Dies zu wissen – am Vorabend der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder –, schafft Vertrauen.

DICK BENSCHOP ist Staatsminister für europäische Angelegenheiten der Niederlande.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen auf.



6. Teil der Serie mit „Les Echos“, Frankreich, und „Expansion“, Spanien

Eine Stimme für die Zivilgesellschaft

NGOs sind nicht demokratisch legitimiert, nehmen aber wichtige Funktionen in der Demokratie wahr

GASTKOMMENTAR

Von Peter Wahl

Ein neuer Akteur macht in der Weltpolitik Karriere: Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind heute kaum mehr wegzudenken. Ob als kritische Begleiter internationaler Verhandlungen, in der Entwicklungshilfe, bei Katastropheneinsätzen, oder beim Protest gegen Staudämme, Menschenrechtsverletzungen oder das multilaterale Investitionsabkommen, immer wieder trifft man auf das Phänomen NGO. Auch bei spektakulären Protesten wie etwa gegen die WTO in Seattle haben sie kräftig mitgemischt.

Hinter dem Sammelbegriff verbergen sich jedoch sehr unterschiedliche Organisationen. Vom ADAC über den Bundesverband der Kaninchenzüchter bis zu Amnesty International: Ein breites thematisches und politisches Spektrum repräsentiert als „Dritter Sektor“ zwischen Markt und Staat die Vielfalt der Gesellschaft.

Die wichtigste Unterscheidung ist die zwischen „technischen“ und „politischen“ NGOs. Technische NGOs führen zum Beispiel Entwicklungsprojekte durch oder sind im Katastrophenschutz tätig. Im Trend zur Privatisierung übernehmen sie zunehmend öffentliche Aufgaben.

Spektakulärer wirken jedoch jene Organisationen, die politisch Einfluss nehmen. Sie engagieren sich bei Menschenrechten, Umwelt und Ent-

wicklung, aber auch bei sozialen und (welt)wirtschaftlichen Fragen. Sie nehmen meist eine kritische Haltung gegenüber Regierungen und internationalen Organisationen ein – was die Regierungen gar nicht immer schlecht finden. So sagte Bill Clinton in Seattle: „Ich rate den Leuten von der WTO, auf die Proteste zu hören.“

Der Erfolg der politisch orientierten NGOs ruft auch Kritiker auf den Plan. Mit der Frage nach der demokratischen Legitimation von NGOs wird deren Rolle grundsätzlich angezweifelt. Und tatsächlich operieren NGOs in einem Legitimationsvakuum. Sie sind nur gegenüber sich selbst verantwortlich. Selbst dort, wo sie auf viele Mitglieder und Spon-

der oder eine hohe Akzeptanz in der Gesellschaft verweisen können, besitzen sie nicht im Entferntesten die demokratische Legitimität einer Regierung, die aus allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangen ist.

Damit unterscheiden sich NGOs aber nicht von Wirtschaftsverbänden und anderen traditionellen Interessengruppen. Darüber hinaus jedoch tragen NGOs in mehrfacher Hinsicht zur Demokratisierung bei:

1. Entscheidungsprozesse verlaufen national wie international in ei-

nem System von Checks und Balances. Indem NGOs gesellschaftliche Interessen repräsentieren – Soziales, Umwelt, Menschenrechte – für die es häufig keine oder nur eine sehr schwache Lobby gibt, geben sie den betroffenen Gruppen eine Stimme.

2. Angesichts wachsender gesellschaftlicher Komplexität und Unübersichtlichkeit werden Transparenz und Information immer wichtiger. Schließlich erfasst die Tendenz zur Informationsgesellschaft auch die Politik. Indem NGOs für Transparenz und Information der Öffentlichkeit sorgen, leisten sie einen Demokratisierungsbeitrag.

3. Parlamentarische Verfahren benötigen Zeit – aus guten Gründen, denn Demokratie hat viel mit Diskussion, Konsens- und Kompromissuche zu tun. Die immer atemberaubendere Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung im Zuge der Globalisierung überfordert jedoch häufig die parlamentarischen Verfahren der Nationalstaaten. NGOs können zur Kompensation wenigstens teilweise beitragen, indem sie durch zielgerichtetes Monitoring Probleme und Konflikte frühzeitig erkennen und demokratischer Kontrolle entzogene Entwicklungen transparent machen.

4. Mit ihrer Fachkompetenz tragen NGOs Alternativen zu Konzepten von Regierungen und Wirtschaft in die Diskussion. Dies wird um so wichtiger, als Entscheidungen immer häufiger als alternativlos, als Sachzwang präsentiert werden.

5. Die Globalisierung wirft ein grundlegendes Demokratieproblem auf: Die Entscheidungsspielräume für den Nationalstaat und seine politischen Vertreter werden immer enger. Für eine demokratische Regulierung der Wirtschaft etwa, wie sie der Nationalstaat im 20. Jahrhundert ausgebildet hatte, gibt es heute angesichts der globalisierten Wirtschaft keinen befriedigenden Entwurf. Die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in internationale Prozesse ist zwar nicht das Ideal globaler Demokratie, aber immer noch besser, als das Feld allein den Global Players zu überlassen.

Im Übrigen haben ernst zu nehmende NGOs nie den Anspruch gestellt, an die Stelle von Regierungen zu treten. Vielmehr geht es darum, komplementär zu den Verfahren der parlamentarischen Demokratie die Partizipation von Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Dies stärkt nicht nur die Demokratie, sondern verleiht Entscheidungen auch in der Sache eine größere Tragfähigkeit.

PETER WAHL ist Mitarbeiter der Bonner NGO Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED.



**7. Teil der Serie
mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien**

Der IWF versagt bei der Armutsbekämpfung

Ohne radikale Reformen wird der Währungsfonds ein gerechteres Wirtschaftssystem nicht voranbringen

GASTKOMMENTAR

Von Kevin Watkins

Auf eines wird sich der neue IWF-Chef Horst Köhler von Beginn an verlassen können: An Ratgebern wird es ihm nicht mangeln. Viele Ratschläge werden von seinen neuen Nachbarn kommen, die ein paar Straßen weiter im US-Finanzministerium und im Kongress sitzen. Wenn Köhler aber wirklich etwas für die Entwicklung der ärmsten Länder und die Verringerung von Armut tun will, sollte er diese Empfehlungen ignorieren.

Die Meltzer-Kommission des US-Kongresses hat deutlich gemacht, welche Entwicklung sie für richtig hält: Der IWF soll sich von „langfristigen Entwicklungsfinanzierungen“ in besonders armen Staaten verabschieden – was nichts anderes bedeutet als einen vollständigen Rückzug aus Afrika. Hinter dieser Empfehlung steht Professor Meltzers kaum verhüllter Anti-Multilateralismus. Diesen teilt US-Finanzminister Larry Summers nicht, seine Schlussfolgerungen sind aber ähnlich.

Keine Frage: Der IWF hat im subsaharischen Afrika einen katastrophalen Ruf. Seine Kreditkonditionen haben die Lebensgrundlagen von Men-

schen zerstört, den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung für Millionen unerreichbar gemacht und Investitionen lahm gelegt. Es ist auch wahr, dass der IWF Autokratie und Rechenschaftslosigkeit zu einer Kunstform erhoben hat, wie man sie sonst nur noch von der kommunistischen Partei Chinas kennt.

Das Grundübel der IWF-Politik liegt im immer noch verbreiteten Glauben seiner großen Anteilseigner, dass eine Medizin alle Krankheiten

heilen kann – die strenger Sparhaushalte: Die Reduzierung öffentlicher Ausgaben wird als wichtigstes Mittel eingesetzt, um die Inflation zu drücken und Zahlungsdefizite auszugleichen. Niemand redet einer zügellosen Inflation das Wort. Die Asienkrise hat aber gezeigt, dass unrealistische Sparvorgaben und

hohe Zinssätze Investitionen – und damit langfristiges Wachstum und Armutabbau – unterminieren.

Die Weltbank und viele Geberregierungen klagen darüber, dass die Stabilisierungsziele des IWF ihre eigenen Entwicklungsprogramme in armen Ländern untergraben. Das Problem wird dadurch verschärft, dass sich der Fonds weigert, langfristige Entwicklungshilfe als Regierungseinkommen anzuerkennen. Diese Praxis führt in Tansania dazu,

dass die Regierung ihre Ausgaben gemessen am Bruttosozialprodukt um bis zu zwei Prozent reduzieren muss – in einem Land, in dem zwei Millionen Kinder nicht zur Schule gehen und in dem jedes sechste Kind wegen mangelnder Gesundheitsvorsorge stirbt. Eine vom IWF selbst erstellte Studie konstatiert: 12 von 16 Ländern haben auf Grund von IWF-Programmen die Ausgaben für die Grundschulziehung gekürzt, teils um mehr als 20 Prozent.

Der Währungsfonds leidet zudem an der Tendenz von Bürokratien, sich über ihre eigentlichen Kompetenzen auszubreiten. Seine Kreditkonditionen reichen mittlerweile von Währungspolitik über Handelsliberalisierung bis hin zu finanzieller Deregulierung und Privatisierung. Häufig werden dabei unrealistische Zielvorgaben gesetzt. Schlecht geplante Privatisierung hat aus ineffizienten Staatsmonopolen ineffiziente Privatbetriebe gemacht. Nach vorschneller Handelsliberalisierung in der Landwirtschaft müssen verarmte Bauern mit der massiv subventionierten Überproduktion aus den USA und Europa konkurrieren.

Kurz gesagt: Der IWF erledigt seine eigentlichen Aufgaben schlecht. Andere, für die er kein Mandat hat, noch schlechter. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei den G7-Ländern, die gemeinsam mit den EU-Staaten 57 Prozent der IWF-Kapitalanteile kontrollieren. Warum eigentlich erlauben die politisch Verantwortlichen in

den Industriestaaten dem IWF, in Afrika Maßnahmen zur Liberalisierung der Agrarmärkte durchzusetzen, die sie für ihre eigenen Märkte rundweg ablehnen würden? Und warum besteht Washington darauf, Schuldenerlasse an immer härtere Bedingungen zur Marktöffnung – für amerikanische Firmen – zu knüpfen?

Will der IWF ernsthaft zur Entwicklung der ärmsten Länder beitragen, sind radikale Reformen nötig. Dafür braucht er klare Visionen und eine starke Führung, die sich auch dem amerikanischen Finanzministerium und dem Kongress entgegenstellt. Bisher scheint Köhler dafür nicht der Richtige zu sein. Zurzeit ist der IWF wenig mehr als ein Klub reicher Männer. Dies verschlechtert nicht nur die Aussichten für die Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern. Es wird auch die Glaubwürdigkeit eines multilateralen Systems untergraben, das bereits jetzt von der Öffentlichkeit in den reichen wie auch den armen Ländern als unfähig angesehen wird, den Übergang zu einem stabileren und gerechteren globalen Wirtschaftssystem zu leiten. Dies können wir uns nicht leisten.

KEVIN WATKINS ist Senior Policy Advisor der internationalen Entwicklungsorganisation Oxfam.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen auf.



8. Teil der Serie mit „Les Echos“, Frankreich, und „Expansion“, Spanien

Proteste von Washington helfen den Armen dieser Welt nicht

Die hohen Arbeitsstandards der reichen Staaten würden die Entwicklungsländer noch überfordern

GASTKOMMENTAR

Von Bernhard Wasow

Die Verbesserung der weltweiten Arbeitsbedingungen scheint eine Sache zu sein, für die zu kämpfen sich lohnt. Es war eines der Themen, für die Umwelt- und Gewerkschaftsaktivisten in Seattle und Washington auf die Straße gingen. Aber es scheint, als hätten sie das falsche Ziel im Visier: Was viele von ihnen als Kampf zwischen Kapital und Arbeit darstellten, sieht verdächtig nach einem Konflikt zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden aus.

So hat die Clinton-Regierung ihre Sympathie für diejenigen ausgedrückt, die höhere internationale Arbeitsstandards fordern. Dagegen stoßen solche Pläne bei den Regierungen vieler Entwicklungsländer auf heftigen Widerstand. Ihre Reaktion verdeutlicht den Kern der Debatte.

Manche meinen, Regierungen von Entwicklungsländern – ob gewählt oder selbst ernannt – handeln nicht im Interesse ihrer Bürger, sondern im Interesse multinationaler Konzerne.

Andere dagegen behaupten, dass diese Regierungen eine völlig legitime Politik verfolgen: Durch die Vermeidung höherer Standards könnten arme Länder die Arbeitskosten niedrig halten und so ihren komparativen Vorteil erhalten. So betrachtet dienen Kampagnen für die Rechte von Arbeitern nur den Interessen der Be-

schäftigten in reichen Ländern, die sich vor der Konkurrenz billiger, ausländischer Arbeitskräfte fürchten.

Solche widersprüchlichen Interpretationen verzerren die Fakten mehr, als sie zu erklären. Es scheint daher sinnvoll, sich genauer mit den Produktionsfaktoren zu beschäftigen – Arbeit und Kapital. Dabei ist genau zu unterscheiden zwischen kurz- und langfristigen Interessen.

Auf kurze Sicht stimmt die konventionelle (und marxistische) Sichtweise: Arbeit und Kapital kämpfen um die Verteilung der Gewinne. Langfristig spielt die Verteilung des Kuchens zwischen Arbeitern und Kapitalgebern aber gar keine so wichtige Rolle.

Würde man die Entwicklung der Durchschnittslöhne über die vergangenen 150 Jahre in einem beliebigen OECD-Land untersuchen, so könnte man dies ohne Rücksicht auf Veränderungen des Anteils der Arbeit am Gesamteinkommen tun. Steigerungen in der gesamten Wirtschaftsleistung und der Produktivität beeinflussen die Löhne wesentlich stärker.

Südkoreas Weg zu relativem Wohlstand und Kenias wirtschaftliche Stagnation haben wenig oder gar nichts mit dem Verhältnis von Löhnen und Profiten zu tun. In Südkorea wuchs schlicht die Gesamtproduk-

tion viel schneller als die Bevölkerung, in Kenia dagegen nicht.

Jeder Versuch ist riskant, die Rolle des Faktors Arbeit zu stärken, indem man die Arbeiter auf Kosten der Kapitalgeber begünstigt. Denn dies kann künftige Investitionen abschrecken und zur Schließung bestehender Produktionsanlagen führen. Diese Risiken sollten die Betroffenen vor Ort bewerten – und nicht Leute, die einige tausend Kilometer entfernt leben.

Vielleicht haben die Regierungen der Entwicklungsländer Recht: Eine Verbesserung der internationalen Arbeitsstandards bringt langfristig wenig. Wenn erhöhte Standards zu einem Rückgang der Investitionen in armen Ländern führen, könnten sie die Lebensbedingungen der Ärmsten sogar verschlechtern, statt verbessern.

Hiermit sollen keinesfalls jegliche Mindeststandards abgelehnt werden. Zweifellos sind Erzeugnisse aus Zwangsarbeit zu verbieten. Auch Sklaverei, Folter, Zwangsarbeit sowie Diskriminierung auf Grund ethnischer Herkunft oder Geschlecht sollten weltweit geächtet werden. Das Recht, sich zu organisieren und kollektiv zu verhandeln muss geachtet werden. Die Einführung dieser Standards kann sich jedes Land leisten – ob arm oder reich.



**9. Teil der Serie
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansión“, Spanien**

Es wäre schön, wenn ein arbeitnehmerfreundliches Gesetz über Arbeitszeiten und Löhnen dem Durchschnittshaushalt in Bangladesch einen ordentlichen Lebensstandard garantieren könnte. Aber die Löhne in Bangladesch liegen nicht deshalb so niedrig, weil die Gesetzgebung schwach ist oder weil die Arbeiter nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Gewerkschaften haben eine nicht zu unterschätzende Macht in Bangladesch. Die Löhne sind niedrig, weil so viele arme Menschen für einen Hungerlohn arbeiten wollen. Welches Gesetz kann dies ändern?

Die Armen der Welt brauchen Chancen. Sie nehmen Jobs an, die uns erbärmlich scheinen, weil ihr Leben sonst noch schlimmer wäre. Können wir ihnen bessere Arbeit bieten? Vielleicht sollten wir nicht voreilig Gesetze fordern, die schlechte Beschäftigungen vernichten.

Es ist völlig legitim, ein Minimum an Arbeitsrechten für jeden an jedem Ort zu verlangen. Aber diejenigen, die Standards der reichen Welt in Entwicklungsländern durchsetzen wollen, verlangen Unmögliches. Ihr „moralischer Kreuzzug“ wird den Armen dieser Welt nicht helfen.

BERNARD WASOW ist Senior Fellow der Century Foundation.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen auf.

Die Europäer brauchen keine neue Grundrechte-Charta

Was der Union fehlt, ist eine wirkliche Menschenrechtspolitik – und nicht eine zusätzliche Auflistung

GASTKOMMENTAR

Von Josef H. H. Weiler

Ein nicht gerade schlankes Gremium mit Regierungs- und Parlamentsvertretern aller Mitgliedsstaaten und europäischen Abgeordneten brütet derzeit über der Europäischen Grundrechte-Charta – einem, so wird gesagt, wichtigen Beitrag zur Zukunft Europas, künftiger Markstein in der verfassungsrechtlichen Landschaft der Union. Allerdings: Braucht Europa diese Charta überhaupt? Würde sie den Grundrechtsschutz in der EU wirklich verbessern?

Als einer der wichtigsten Gründe für die Charta wird die Identifikation der Bürger mit der EU genannt. Seit Maastricht wird die politische Legitimität der Union lebhaft diskutiert. Die Währungsunion mit ihrer unabhängigen Zentralbank hat viel dazu beigetragen, dass Europa als Gemeinschaft wahrgenommen wird, die mehr um ihre Märkte als um ihre Bürger besorgt ist.

Es mag sein, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) Grundrechtsschutz gewährleistet – aber wer weiß davon? Eine Charta, so ihre Verfechter, würde deutlich zeigen, was bisher nur ein paar verstaubten Juristen bewusst war. Sie würde zum Symbol der europäischen Integration.

Dies ist löblich – doch könnte das Gegenteil eintreten. Die Entscheidung über den endgültigen Status der Charta soll die Regierungskonfe-

renz fällen. Einige einflussreiche Staaten wollen einen verbindlichen Rechtsstatus verhindern. Kommt es zu keiner Einigung, würde die Charta zum Symbol europäischer Unfähigkeit – und aufzeigen, dass Europa sich weigert, die Rechte seiner Bürger ernst zu nehmen.

Mehr Klarheit ist ein zweiter Grund für die neue Charta. Das derzeitige System, gemeinsame Verfassungsüberlieferungen als Quelle für die in der Union geschützten Rechte zu nehmen, sei unbefriedigend und solle durch einen förmlichen Grundrechtskatalog ersetzt werden. Aber würde eine neue Charta wirklich Transparenz bringen? Ein großer Teil davon wird sicherlich in feierlicher Sprache verfasst, wie „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Dies schafft aber keine Klarheit.

Zudem würde eine Grundrechte-Auflistung eines der wirklich originellen Merkmale der gegenwärtigen Verfassungsstruktur aufgeben – die Möglichkeit, das Rechtssystem jedes Mitgliedsstaates als lebendiges Laboratorium des Grundrechtsschutzes zu nutzen, der durch den EuGH fallweise übernommen oder für die Erfordernisse der Union angepasst werden kann, und zwar im Dialog

mit den nationalen Obergerichten. Ein drittes Argument ist, dass die Charta die Chance eröffnet, dringende Neuerungen in unsere verfassungsrechtlichen Normen einzubringen. Themen wie Biotechnologie, Gentechnologie, Datenschutz oder sexuelle Identität könnte die Charta berücksichtigen und sie zum Vorreiter der europäischen Verfassungsentwicklung machen.

Aber was passiert, wenn die Charta nur an Althergebrachtem festhält? Dies ist nicht auszuschließen, besteht doch das Entwurfs-gremium aus Vertretern aller 15 Mitgliedsstaaten, die nach dem Konsensprinzip entscheiden. Das Ergebnis könnte sogar ein Rückschritt sein: Jedesmal, wenn

ein innovatives Konzept vor dem EuGH diskutiert würde, könnte darauf hingewiesen werden, dass ein entsprechender Vorschlag bereits gescheitert sei. Es wäre also viel schwieriger für den Gerichtshof, etwas anzuerkennen, was eine politische verfassunggebende Versammlung bereits geprüft und verworfen hätte.

Da das Hauptargument für die Charta ist, die Grundrechte der Unionsbürger besser zu schützen, ist es besonders beunruhigend, dass die Charta als Alibi von den wirklichen

Problemen ablenkt. Auf wirtschaftlicher Ebene verhindert der EG-Vertrag Kartelle und Monopole. Die Verbote wären wirkungslos, wenn sie nicht durch die Wettbewerbspolitik, einen Kommissar, eine Generaldirektion sowie einem ganzen Programm zur Lokalisierung, Aufdeckung und Ausräumung von Wettbewerbsverstößen unterstützt würden.

Gleiches gilt für die Grundrechte. Europa braucht keinen neuen Grundrechtskatalog. Formale Rechte haben wir genug. Die EU braucht eine Menschenrechtspolitik, einen zuständigen Kommissar, eine Generaldirektion, ein festes Budget. Sie braucht eine Zielbestimmung, wonach die Rechte, die wir für so wichtig erachten, nicht nur verkündet, sondern auch gesichert werden, damit nicht nur die wenigen in ihren Genuss kommen, die bis zum EuGH gelangen. Erforderlich ist eine Änderung von Artikel 3 des EG-Vertrages, indem dort der Schutz der Menschenrechte im Anwendungsbereich des Vertrages als eines der rechtlichen Ziele der Union verankert wird – und eben die Einrichtung einer eigenständigen Menschenrechtspolitik. Taten sagen mehr als Worte.

JOSEF H. H. WEILER ist Professor an der Harvard Law School.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



**10. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien**

Die Politik muss Zuständigkeiten abgeben

Ein professioneller Staat bezieht Wirtschaft und Gesellschaft mit ein und verbessert seinen Service

GASTKOMMENTAR

Von Birger P. Priddat

Bundeskanzler Gerhard Schröder ist Blairs „dritten Weg“ nicht mitgegangen und hat die „neue Mitte“ aufgegeben. Dafür hat er die „Zivilgesellschaft“ entdeckt. Diese passt scheinbar schlecht ins Bild – doch beschreibt sie eine neue Kooperation von Staat und Gesellschaft. Sie entlastet die Politik von Überforderungen, die nicht mehr steuerbar sind. Statt neue Interventionsformen zu entwerfen, werden Aufgaben an Gesellschaft und Wirtschaft zurückgegeben. Die Bürgergesellschaft verbindet das Modell einer erwachsenen Demokratie, in der die Bürger stärker als bisher selbst verantwortlich sind für ihre Lebens- und Zukunftslagen, mit dem Modell der Wissensgesellschaft, die die Erfahrungen, Kenntnisse, Einsichten und Kompetenzen der Bürger auch in die Politik einbringt.

Bislang nutzt der Staat das Bürgerwissen, wenn überhaupt, im kommunalen Bereich. In Mühlheim etwa hat der CDU-Bürgermeister eine Bürgerberatung bei kommunalen Projekten eingeführt.

Über das Internet eröffnet sich eine neue Dimension der Kommunikation zwischen Bürgern und Politik: Zum Beispiel über E-Government-Portale, wie sie in den USA eingeführt werden. Dabei führen die Kommunen eigene Internet-Seiten, auf

denen alle Dienstleistungen der Verwaltung abgeholt werden können, auf denen Ausschreibungen für öffentliche Aufträge einzusehen sind und die Kosten und Nutzen von Politikprogrammen dargestellt werden. So macht der Staat seine Politik transparent und Korruptionsmöglichkeiten werden erheblich vermindert. Über das Internet können die Kommunen – wie generell der Staat – ihre Dienstleistungen im 24-Stunden-Service anbieten: Alle Formulare, Steuererklärungen, Politikprojektbelegungen oder Wahlzettel liegen bereit.

Auch ermöglicht E-Government Vorab-Umfragen über Projektchancen oder Bürgerpräferenzen. Mit ihrer Ausweisnummer können Bürger über das Internet wählen. Dies ist die neue Arena der Wissensdemokratie – als Bürgergesellschaft, IT-basiert. Die Bürger erfahren den Staat als effizient. Eine neue Vertrauensbasis kann sich entwickeln.

Der Staat kann also – so wie sich die Wirtschaft auf Kundenorientierung konzentriert – auf Bürgerorientierung umschalten und diesen Zeit und Wege ersparen. In einer Welt, in der die Kundenorientierung immer bedeutsamer wird, können sich Politik und Verwaltung nicht ausklinken.

Die Wirtschaft beginnt, die Konsumenten an Service-Qualitäten zu gewöhnen – die dann auch vom Staat gefordert werden.

Es ist paradox, wenn die Politik Gesellschaft und Wirtschaft auffordert, sich zu modernisieren, in ihrem eigenen Terrain aber die alten Beharrlichkeiten der Bürokratie und Ämterlogik bestehen lässt. Der Staat wird künftig daran gemessen werden, wie kundenorientiert seine ausführenden Organe arbeiten.

Warum sollte man auf staatliche Modernisierungsempfehlungen hören, wenn der Staat selbst auf diesem Gebiet nichts anbietet? Da es nicht einfach ist, die Bürokratie auf Bürgerfreundlichkeit umzustellen, ist der Staat gut beraten, mit Unternehmen zu kooperieren, die eine Service-Qualität haben, die er mit seinen Beamten nicht erreicht. Neue Formen des Private-Public-Partnerships könnten so entstehen.

Der Staat hat nicht nur eine Privatisierungsoption, sondern viele Zwischenoptionen: auslagern, delegieren, strategische Allianzen oder Netzwerkarrangements. Diesen organisatorischen Spielraum, den die Wirtschaft hat, steht dem Staat ebenso zur Verfügung – bei klarer

„Markenführerschaft“ und genauer Supervision durch den Staat.

Es gibt keine Notwendigkeit, in der Eigenlogik der Verwaltungen zu verharren. Wir brauchen weniger einen schlanken Staat, als vielmehr einen professionellen Staat, der seine Aufgaben intelligent auslagert und seinen Service verbessert. E-Business erweitert sich auf E-Government – mit denselben Optionen, denselben Wertschöpfungen, denselben schnellen Kommunikationen.

Die neue ökonomische Politik mit intelligenten Leistungs-, Vertriebs- und Ausführungskooperationen und ihre Öffnung über das Internet wird die schlagkräftige Plattform einer Zivilgesellschaft, in der die Bürger mit dem Staat kooperieren. Der Staat fragt die Bürger, sie beraten ihn und er passt seine Politik besser an ihre Bedürfnisse an; sie wird spezifischer und diversifizierter. Die Deutschland AG ist keine Schimäre, sondern ein neues Demokratieprojekt, das zu keiner anderen „Bürgerarbeit“ auffordert als zur intensiven Kooperation. „Zivilgesellschaft“ heißt nicht nur „mehr Demokratie“, sondern auch ihre effiziente Ausführung.

BIRGER P. PRIDDAT ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Philosophie an der Universität Witten/Herdecke.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



11. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien

Wenn die Macht vom Volk ausgeht

Das Schweizer Beispiel zeigt: Direkte Demokratie kann politische und ökonomische Vorteile haben

GASTKOMMENTAR

Von Lars P. Feld
und Gebhard Kirchgässner

Auch in Deutschland findet die aktive Beteiligung der Bürger am politischen Prozess größere Unterstützung. So wurden im vergangenen Jahrzehnt auf Gemeinde- und Landesebene Volksbegehren und Volksentscheid ausgebaut. Angesichts der schweren Krise des deutschen Parteienstaates fordern nun selbst Spitzenpolitiker eine stärkere Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene. Kritische Stimmen warnen dagegen vor einer Ausweitung direkter Volksrechte. Was können diese Rechte leisten und wo liegen die Gefahren?

Politische Fragestellungen sind in den meisten Fällen komplex. Sachgerecht und vernünftig zu entscheiden ist daher ein Grundproblem jeder Demokratie. Dies wird typischerweise durch Arbeitsteilung gelöst: Die Bürger wählen Politiker als ihre Repräsentanten, die sich auf das politische Geschäft konzentrieren. So soll sichergestellt sein, dass politische Entscheidungen mit hinreichendem Sachverstand gefällt werden. Entscheiden die Bürger hingegen über einzelne Gesetze, so müssen sie sich selbst informieren –

was mit zusätzlichem Aufwand verbunden ist.

Diesem Nachteil stehen deutliche Vorteile gegenüber. Indem Entscheidungskompetenz vom Volk an Politiker und Verwaltung delegiert wird, ergibt sich ein Kontrollproblem: Die Bürger müssen sicher gehen können, dass die politischen Entscheidungen in ihrem Interesse getroffen werden – insbesondere im Fall von Interessenkonflikten zwischen Wählern und Repräsentanten. Diese Kontrolle ist stark eingeschränkt, wenn die Wahlen alle vier Jahre die einzige Möglichkeit bleiben, sie auszuüben.

In Referenden hingegen können Bürger einzelne Gesetze zu Fall bringen. Initiativen wie das Volksbegehren eröffnen ihnen die Möglichkeit, vernachlässigte Themen in die Diskussion einzubringen. Während Referenden den politischen Prozess eher verlangsamen, können Initiativen ihn beschleunigen: In der Schweiz erhielt der Umweltschutz schon

1971 Verfassungsrang, in Deutschland erst 1994.

Mit „Stimmungsdemokratie“ hat zumindest die Schweizer Variante der direkten Demokratie wenig zu tun. Politik ist in der Schweiz von hoher Stabilität gekennzeichnet: erstens, weil die politischen Eliten nicht

an der Bevölkerung vorbei regieren können und sich eine breite Mehrheit sichern müssen. Breite Mehrheiten aber ändern sich nur langsam. Zweitens vergehen zwischen der Anlaufphase einer Initiative und der Abstimmung mehrere Jahre. Dies verhindert, dass momentane Stimmungen politisch ausgenutzt werden können.

Zudem geht den Volksabstimmungen in der Schweiz jeweils eine intensive Diskussion voraus. Parteien und Interessengruppen versuchen dabei, die Bürger von ihrer Position zu überzeugen. Da dies typischerweise im Wettbewerb zwischen verschiedenen Interessen geschieht, können die Bürger sich relativ gut informieren; die einzelnen politischen Positionen werden für sie deutlich und nachvollziehbar.

In diesem Prozess kann Geld eine Rolle spielen; dennoch sollte man dies nicht überschätzen. In den USA etwa schneiden finanzschwache Bürgerbewegungen auf Grund ihrer größeren Glaubwürdigkeit bei Abstimmungen häufig erfolgreicher ab als reiche Interessengruppen.

Die Schweiz hat mit ihrer direkten Demokratie überwiegend positive Erfahrungen gemacht. Das belegen empirische Studien zu den wirtschaftlichen Auswirkungen. In den Kantonen und Gemeinden, die eine direkte Beteiligung der Bürger an Entscheidungen über die öffentlichen Finanzen kennen, handeln staatliche Organe effizienter. Auch ist

die Staatsverschuldung geringer und das Bruttoinlandsprodukt höher als dort, wo die Parlamente allein entscheiden. Auch haben Kantone mit direkter Demokratie in Finanzfragen weniger mit Steuerhinterziehung zu kämpfen – offensichtlich identifizieren sich die Bürger dort stärker mit ihrem Gemeinwesen.

Schießlich verdankt die Schweiz ihren internationalen Spitzenplatz bei Pro-Kopf-Einkommen und Wettbewerbsfähigkeit nicht zuletzt der direkten Bürgerbeteiligung. Die internationalen Finanzmärkte geben der Schweiz unter anderem aufgrund ihrer hohen politischen Stabilität einen Zinsbonus.

Der Hauptvorteil der direkten Volksrechte aber besteht darin, dass keine politischen Entscheidungen auf Dauer Bestand haben, die langfristig gegen die Interessen der Bürger gerichtet sind. Dies ist für die politischen Eliten freilich unbequem, da sie auf den Souverän mehr Rücksicht nehmen müssen. In einer Demokratie sollte dies jedoch kein gültiges Argument sein.

LARS P. FELD ist Nachwuchsdozent an der Universität St. Gallen.

GEBHARD KIRCHGÄSSNER ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



12. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien

Die Aufholjagd zur US-Wirtschaft ist sozialverträglich möglich

Europas Staaten müssen den Wandel jedoch abfedern und einen ungerechten Steuerwettlauf verhindern

GASTKOMMENTAR

Von Christian Sautter

Der starke und anhaltende USAufschwung liefert den Beweis: Schnelles und dauerhaftes Wachstum ist möglich. Für Europa stellt sich die Frage: Wie kann der Rückstand zu den USA aufgeholt werden – ohne dass wir die Solidaritätsbeziehungen, die im Zentrum des europäischen Modells stehen, opfern? Denn es wäre falsch, zuerst dem neoliberalen US-Wachstumsmodell nachzueifern und erst im Nachhinein die Einkommensverteilungseffekte steuerpolitisch oder durch Sozialtransfers zu korrigieren.

Der Staat sollte nicht nur Wachstumspotenziale aufdecken, sondern gleichzeitig die schwächsten Mitbürger schützen. Folgende Überlegungen sollte ihn leiten.

Zunächst muss einem Arbeitskräftemangel vorgebeugt werden. Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden – zum Beispiel durch eine „negative Einkommensteuer“: Anstatt Steuern auf sehr niedrige Löhne zu zahlen, erhält der Arbeitnehmer Steuergünstigungen, durch die sich sein

Lohn erhöht. Dem US-Institut NBER zufolge erklärt diese Maßnahme 63 Prozent der Wiedereingliederung lediger Mütter in den US-Arbeitsmarkt. Kurzfristig scheint sie sehr kostspielig, aber über ihren sozialen Nutzen hinaus trägt sie dazu bei, zusätzliche Einwanderungsforderungen von Unternehmen, die ihren Bedarf an gering Qualifizierten decken wollen, zu umgehen.

Zweitens muss ein Qualifizierungsprogramm Facharbeitern ermöglichen, in die neuen Wachstumssektoren zu wechseln. Die Umschulung der 40- und 50-Jährigen ist eine ökonomische Notwendigkeit und ein großes soziales und politisches Projekt. Lebenslanges Lernen ist ein Ausweg aus unserer falschen Annahme, der gesamte Lebensweg sei durch das Diplom vorgezeichnet.

In diesem Wandel muss der Staat diejenigen absichern, die ihn mittragen wollen. Er muss Unternehmensgründungen sowie Großunternehmen und spezialisierte Mittelständler bei ihrer globalen Expansion unterstützen. Und es heißt auch: für eine dynamische Jugend einzutreten, anstatt nur die Zukunft der Renten zu diskutieren. Der Staat muss zudem soziale Abstürze abfedern und Menschen wieder auf eigene

Füße stellen. Die allgemeine Krankenversicherung, sozialer Wohnungsbau und Chancengleichheit in der Bildung sind dabei zentral.

Auf europäischer Ebene stellt sich die Frage, wie ein Abgleiten in eine ungerechte Besteuerung entgegengewirkt werden kann. Der fiskalische Wettbewerb zwischen den EU-Staaten verstärkt sich zunehmend: So hat sich Deutschland für Steuererleichterungen auf Unternehmensgewinne und Einkommen entschieden, um Unternehmen und qualifiziertes Personal anzuziehen. Und Großbritannien widersetzt sich der Besteuerung von Investitionen von EU-Bürgern an seinen Finanzplätzen.

Pessimisten gehen davon aus, dass die Europäer den fiskalischen Wettbewerb innerhalb der EU nicht regulieren können, also nicht zu vernünftigen Steuerspannen für Unternehmensgewinne und Kapitalerträge kommen werden, wie etwa bei der Mehrwertsteuer. Am Ende würden also nur noch Verbraucher und die immobilen Einkommen das Steueraufkommen tragen – also diejenigen, die in wenig qualifizierter Lohnarbeit stehen, arbeitslos sind oder Immobilien besitzen.

Um eine ungerechte Besteuerung zu verhindern, brauchen wir neben einem gemeinsamen Handlungswillen neue Entscheidungsregeln. Denn diese Probleme sind unter 15 Staaten einstimmig kaum zu lösen. Zwei Ansätze sind denkbar: Der erste wäre, in diesem sensiblen Bereich nationaler

Souveränität zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen überzugehen, um die Vetomacht von einem oder zwei Ländern zu brechen. Die zweite, bessere Lösung wäre, besondere steuerpolitische Disziplin im engen Rahmen des Euro-11 zu etablieren, denn hier hat der fiskalische Wettbewerb den größten Effekt. Jene, die sich nicht auf diese Disziplin einlassen, könnten dann nicht an der Euro-Zone teilnehmen.

Der monetäre Föderalismus sollte mehr und mehr durch einen fiskalischen Föderalismus ergänzt werden, der im Kern Europas eine ebenso effektive wie angemessenen Steuerpolitik verankert. Insbesondere vor dem Beitritt der osteuropäischen Staaten ist es essenziell, dass sich die Euro-Zone von innen stärkt. Sie muss ihre Kinderkrankheiten auf den internationalen Finanzmärkten verkraften und die Umstellung überstehen, die 200 Millionen EU-Bürger von ihrer nationalen zu einer ihnen unbekanntenen Währung vollziehen. Es wird viele Jahre dauern bis der Euro erwachsen ist, und jede vorschnelle Ausbreitung nach Osteuropa könnte ihm Schaden zufügen.

CHRISTIAN SAUTTER war bis März 2000 französischer Wirtschafts- und Finanzminister.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



**13. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansión“, Spanien**

Lohnsubventionen sind keine billige Lösung

„Workfare“ in den USA soll zuerst Armut lindern – Auf Europa ist die Lösung nur begrenzt übertragbar

GASTKOMMENTAR

Von Waltraud Schelkle

Kürzlich sorgte ein Vorschlag Jürgen Kromphardts, der seit letztem Jahr auf Vorschlag des DGB im Sachverständigenrat sitzt, für Schlagzeilen: Wer Arbeitslosenunterstützung beanspruche, müsse eine Arbeit aufnehmen. Notfalls solle der Staat die Arbeitsplätze bereitstellen. Hinter diesem Vorschlag steht die Idee einer aktivierenden Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Radikal umgesetzt wurde sie erstmals in den USA. „Welfare to Work“ oder kurz: Workfare möchte Sozialhilfebezieher zualterererst in Arbeitsverhältnisse integrieren. Transferzahlungen ergänzend zum Erwerbseinkommen sind das Zuckerbrot, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen die Peitsche. Ergänzt wird diese Kombination durch einen gesetzlichen Mindestlohn. Da der Staat dem Transferempfänger einen bestimmten Lebensstandard sichern möchte, muß er verhindern, dass der Lohn soweit sinkt, dass er selbst auf dem Großteil der Kosten sitzen bleibt.

So weit, so amerikanisch. Doch dieser Workfare-Ansatz bietet keine unmittelbaren Lösungen für die deutschen Probleme. Hierzulande wird der Ansatz diskutiert, um Arbeitsplätze für Geringverdiener zu schaffen. Das aber gerade tut er in den USA nicht – denn dort gibt es diese Arbeitsplätze bereits.

Was leistet Workfare in den USA? „To make work pay“, so die Wahlkampfdevise Bill Clintons – eine Antwort darauf, dass sich in den neunziger Jahren für rund ein Fünftel der Erwerbstätigen Arbeit nicht lohnte: Sie waren trotz Beschäftigung arm. So wurden 1998 etwa 15 Prozent aller Erwerbsverhältnisse mit einer Art negativen Steuer, dem Earned Income Tax Credit (EITC), subventioniert. Außerdem dient Workfare dazu, Dauerbezieher von Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um alleinerziehende junge Mütter. Knapp die Hälfte bezog mindestens fünf Jahre Sozialhilfe, während in Deutschland höchstens 20 Prozent der Sozialhilfeempfänger sie länger als ein Jahr beziehen.

Dieser Versuch, soziale Randgruppen in Arbeit zu setzen, senkt die Kosten der sozialen Sicherung nicht unbedingt. Denn Arbeitsmarktintegration erfordert intensivere Betreuung als das Ausstellen von Sozialhilfeschecks. Zudem verschärfen Beschäftigungsaufgaben das Problem der Armut trotz Beschäftigung. Es kommt zu Verdrängungseffekten: höher bezahlte Angestellte werden partiell durch niedriger bezahlte

Workfare-Arbeitskräfte ersetzt. Das zusätzliche Arbeitsangebot löst Druck auf die Löhne aus. Damit sich die Arbeit trotzdem noch für Geringverdiener lohnt, muss der Staat anhaltend hohe Subventionen zahlen.

Diese Zweifel an fiskalischen Entlastungs- und gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekten müssen nicht gegen den Workfare-Ansatz sprechen. In den USA dient er zur Lösung von Langzeitarbeit und Armut trotz Beschäftigung. Heute ist das Sozialhilfesystem der USA effektiver und moderner als vor 1996. Effektiver, denn es gelang, das Stigma dauerhafter Armut anzugehen. Regelmäßige Arbeit integriert nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch in die Normvor-

stellung geregelter Lebensführung. Moderner, weil eine Unterscheidung zwischen bedarfsgeprüften Sozialhilfeleistungen für die Armen und beitragsabhängiger Sozialversicherung für die Mittelschichten vermieden wird. Der EITC behandelt Geringverdiener wie Steuerzahler, die unter der Besteuerungsgrenze liegen und also rückerstattungsrechtlich sind. Man nimmt ihnen das Stigma der Almosenempfänger.

Für uns heisst das: So wie in den USA verhindert wird, dass eine ghet-

toisierte Unterklasse entsteht, so muss in Europa das Problem der dauerhaft vom Erwerbsleben Ausgeschlossenen behoben werden. Und so wie Workfare in den USA ein integrierteres Sozialsystem bedeutet, so könnte man hier die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme zusammenführen. Das aber könnte nicht nur durch Lohnsubvention, sondern auch durch die Verstärkung von Grundsicherungselementen und Steuerfinanzierung der Sozialversicherungen erfolgen. Beide Elemente gehören zum dänischen Workfare-Modell, das ein hohes Absicherungsniveau mit forcierter Integration in den Arbeitsmarkt verbindet.

Fazit: Wir können vom Workfare-Ansatz lernen, einfache Rezepte für hiesige Probleme liefert er aber nicht. Warum sollte man die Bedingungen für Armut trotz Beschäftigung eigens schaffen, um die Armut dann durch Subventionen zu lindern? Gegenüber Armut ist Langzeitarbeitslosigkeit das kleinere, wiewohl veränderungsbedürftige Übel – für die Betroffenen wie für die Gesellschaft.

WALTRAUD SCHELKLE lehrt Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin und ist Research Fellow am American Institute for Contemporary German Studies (Johns Hopkins).

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



14. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien

Die Internet-Revolution könnte die Gesellschaft spalten

Politik und Wirtschaft sind für einen effizienten und sozialverträglichen Wandel verantwortlich

GASTKOMMENTAR

Von Miriam Meckel

Das kleine e ist die Zauberformel: e-business, e-commerce, e-government - das sind seit Anfang der neunziger Jahre die neuen Herausforderungen für Politik und Wirtschaft. Der Übergang zur informations- und wissensbasierten Gesellschaft durch die Medienevolution ist grundlegender, als die schönen Begriffe vermuten lassen: Das Internet krempelt die Strukturen der Wirtschaft und des politischen Systems um - ob wir wollen oder nicht. Die Bürger müssen diese Entwicklungen mittragen, andernfalls finden sie in der Gesellschaft dauerhaft keinen Anschluss. Boris Beckers „Bin ich schon drin?“, wird zur Kernfrage einer funktionierenden Gesellschaft. Politik und Wirtschaft tragen einen wesentlichen Teil der Verantwortung dafür, dass dabei in den Industrieländern keine neue Zwei-Klassen-Gesellschaft entstehen.

In den USA hat die National Telecommunications and Information Administration 1999 mit dem Bericht „Falling through the Net“ ein düsteres Zukunftsszenario entworfen: die digitale Spaltung der Gesellschaft. Und das Beratungsunternehmen Booz Allen & Hamilton sagt in seiner 2000-Studie voraus, dass in drei Jahren 20 Millionen Menschen in Großbritannien aus der Wissensgesellschaft ausgeschlossen sein werden.

Diese Prognosen zeigen, dass die Regierungen in vielen europäischen Ländern den Startschuss für den Aufbruch in das Internet-Zeitalter viel zu spät abgefeuert haben. In Deutschland hat zwar eine Enquête-Kommission den Weg in die Informationsgesellschaft sondiert, konkrete Aktionspläne ließen aber auf sich warten. Das jetzige Aktionsbündnis „D21“ deutscher Unternehmen setzt die richtigen Akzente. In anderen europäischen Ländern wie Schweden und Norwegen haben die Regierungen Mitte bis Ende der neunziger Jahre weitreichende Ziele formuliert und in Strategiekonzepte umgesetzt - nach dem Vorbild der USA.

Doch Europa hat den Anschluss noch nicht gefunden. In den USA entfallen mehr als vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf die Informationstechnologie, in Westeuropa zweieinhalb Prozent. Die Hälfte der US-Bürger hat einen PC zuhause, in Westeuropa sind es 21 Prozent. Lediglich die skandinavischen Länder haben es geschafft, frühzeitig an der ökonomischen und sozialen Dynamik der Informationsgesellschaft teil zu haben.

Um den Rückstand aufzuholen, sollte die Politik zwei Impulse geben. Zum einen müssen die Regierungen

schnell die Voraussetzungen für die Transformationsprozesse schaffen, die eine ganze Gesellschaft ins Internetzeitalter katapultieren werden.

Dabei geht es vor allem um drei Bedingungen: Verfügbarkeit, Verantwortung und Vertrauen. Der Zugang zum Internet muss für alle möglich werden, durch niedrige Gebühren oder zum Beispiel durch einen Fort-

schrittsfonds, in den Staat und Wirtschaft einzahlen, um für einzelne gesellschaftliche Gruppen die Computerausstattung zu subventionieren. Die Menschen müssen den verantwortlichen Umgang mit den neuen Technologien erlernen und Kompetenzen erlangen, mit denen die private und professionelle Nutzung des Netzes erst

möglich wird. Nur so entsteht Vertrauen in die neue Technologie.

Zum anderen muss die Politik eine kreative und innovative Führungsrolle in der Ausgestaltung der Informationsgesellschaft besetzen. Der politische Prozess kann stärker ins Netz verlagert werden. Eine effiziente Online-Administration wird den Bürgern signalisieren, dass Technologien alltäglich Erleichterung bringen. Wer seine „Amtsgänge“ zum Einwohnermeldeamt per Mausclick erledigen kann, lässt sich

schnell von der Informationsgesellschaft überzeugen. Dafür müssen Politik und Verwaltung allerdings einen Sprung nach vorn vollziehen. Verwaiste und veraltete Homepages, unbeantwortete E-Mails oder gar Internetabstinenz sind bei Vertretern von Parteien und Ministerien noch durchaus üblich.

Politisches Management wird sich in Zukunft noch viel stärker über Kommunikation vollziehen. Das Internet symbolisiert den Netzwerkgedanken, den Politik und Verwaltung aufgreifen können: keine neuen Abteilungen sind nötig, sondern die Verknüpfung bestehender Kompetenzen innerhalb der Ministerien. Keine neuen Funktionsträger, sondern Koordination durch einen unabhängigen Internet-Beauftragten nach Vorbild des britischen „e-Envoy“. Kein Closed-Shop der Politik, sondern Interaktion mit Bürgern und Experten - das sind Schritte vom Steuerungsstaat zum aktivierenden Staat. Nur so kann die Politik ihren Anteil an einem Transformationsprozess ausgestalten, der effizient, effektiv und sozial verträglich ist. Das Ziel? Ein weiteres e-Wort: e-quality.

MIRIAM MECKEL ist Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



**15. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien**

Gegen globale Probleme helfen nur globale Lösungen

Damit internationale Kooperation auch Ergebnisse bringt, muss sich nationale Politik neu orientieren

GASTKOMMENTAR

Von Inge Kaul

Fast immer geht es bei der Globalisierungs-Debatte um Fragen der Marktintegration: um grenzüberschreitenden Handel, Investitionen, Tourismus, Transport oder Kommunikation. Vernachlässigt wird, dass auch Krisen und soziale, wirtschaftliche oder ökologische Probleme vor Grenzen keinen Halt machen. Versagt die Politik in einem Land, hat das immer häufiger weltweit negative Folgen. Klimaerwärmung, Währungskrisen, Krankheiten wie Aids und Tuberkulose oder die Risiken der Gentechnologie – immer wieder offenbart sich das Dilemma nationaler Politik, wenn die Herausforderungen global sind.

Um solchen Krisen wirksam begegnen zu können, müssen nationale Regierungen dringend gemeinsame politische Antworten finden – und globale öffentliche Güter schaffen.

Aus verschiedenen Gründen ist das eine sehr schwierige und oftmals unmögliche Aufgabe. Parlamentarier zum Beispiel interessieren sich meist vor allem für Innenpolitik. Die Sorge der Außen- und Sicherheitspolitik gilt territorialen Grenzen, ob-

wohl die selten umstritten sind und wirtschaftlich ihre Bedeutung verlieren. Diplomaten vertreten nationale Eigeninteressen – einschließlich des Interesses, internationale Verpflichtungen zu minimieren. Sind die unumgänglich, werden sie oft mit dem Entwicklungshilfebudget abgegolten. Doch Schätzungen zufolge haben nur etwa 20 Prozent der ohnehin knappen Entwicklungshilfe globale Auswirkungen, indem sie etwa in den Schutz der Erdatmosphäre oder die Friedenssicherung fließen.

Regierungen stöhnen über die Macht der Märkte und den Verlust an politischer Souveränität. Es häufen sich die internationale Resolutionen und Verträge. Was sollte getan werden, damit globale politische Zusammenarbeit auch handfeste Ergebnisse hervorbringt?

Erstens muss sich die Außenpolitik neu orientieren. Längst ist die traditionelle Unterscheidung von Innen- und Außenpolitik hinfällig. Wenn die Arbeit einzelner Fachministerien eine internationale Dimensionen hat, sollten sie bei der Außenpolitik mitwirken – vor allem, wenn es um Fragen wie Umwelt, Gesundheit, Recht, Handel, Finanzen oder Arbeit geht. Sie sollten darlegen müssen, was national und was international umzusetzen ist, um natio-

nal öffentliche Güter gewährleisten zu können. Denn in einer interdependenten Welt sind globale öffentliche Güter immer auch im nationalen Eigeninteresse. Die traditionellen Außenministerien könnten weiterhin zwischenstaatlicher Beziehungen pflegen und die Initiativen der sektoralen Ministerien koordinieren.

Zweitens müssen nationale – und eventuell auch regionale – Parlamentarier dringend in die internationale Kooperation einbezogen werden. Eine Möglichkeit wäre, die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ein Forum nationaler Parlamentarier zu verwandeln. Die Vorsitzenden von nationalen Parlamentsausschüssen könnten sich in diesem Forum jährlich zusammenfinden, um politische Akzente zu setzen – die dann von der Exekutive weiter verhandelt und umgesetzt würden.

Drittens sollte die internationale Zusammenarbeit stärker themenspezifisch organisiert werden – und klarer darauf ausgerichtet sein, bestimmte globaler öffentliche Güter zu produzieren. Ein Trend in diese Richtung besteht bereits: Das zeigen etwa globale Kampagnen zu Aids oder „stop smoking“, das Montreal-Protokoll zur Reduzierung von FCKWs, das Kyoto-Protokoll zum globalen Klimaschutz, die um Korruptions-Bekämpfung bemühte Organisation Transparency International oder die International Dams Commission, die technische Normen für Staudämme entwirft.

Diese Initiativen zeigen, dass effektive politische Zusammenarbeit ein partnerschaftliches Unternehmen sein muss. Regierungen von Nord- und Südländern sollten dabei mitwirken, ebenso Nicht-Regierungs-Organisationen und Privatwirtschaft. Nichts kann dabei erzwungen werden – die Kooperation muss attraktiv gestaltet werden und für alle Beteiligten ökonomisch Sinn machen. Auch hierfür gibt es erfolgreiche Beispiele: etwa das Stabilitätsforum zur Überwachung der internationalen Finanzmärkte, das Industrieländer und Entwicklungsländer zusammenbringt.

Nur weil es manche negativen Effekte gibt, ist nicht gleich Globalisierung insgesamt zu weit gegangen. Im Gegenteil: Der Globalisierung-Prozess ist längst nicht abgeschlossen und deshalb krisenbehaftet und oft ungerecht. Was fehlt sind globale öffentliche Güter. Nicht nationale Politik allein, sondern nur internationale Kooperation kann sie gewährleisten. Nationale Alleingänge und auf die Innenperspektive fixierte Politiker sind im 21. Jahrhundert fehl am Platze.

INGE KAUL ist Direktorin des Office of Development Studies im UN-Entwicklungsprogramm. Der Text gibt ihre persönlichen Ansichten wieder.

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



**16. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansión“, Spanien**

Nur der Staat kann die Zivilgesellschaft aktivieren

Damit neue Formen des Bürger-Engagements entstehen, sind mutige politische Experimente gefragt

GASTKOMMENTAR

Von Rolf G. Heinze

Es ist inzwischen zur Mode geworden, von der „Zivilgesellschaft“ zu sprechen. Ob man sich nun von „neoliberalen“ Konzepten absetzen will oder von Basisdemokratie schwärmt – der Begriff weckt Hoffnungen. Doch stecken dahinter wirkliche Reformperspektiven oder handelt es sich nur um Wortgeklingel beziehungsweise einen Versuch, Ratlosigkeit zu maskieren?

Übertrieben sind Hoffnungen, dass man alle anfallenden Probleme damit lösen könnte. Wenn dem so wäre – warum ist dies nicht bereits geschehen? Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über ein besonders dichtes Netz zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen, vor allem im Sozial- und Gesundheitssektor. Freiwilliges soziales Engagement haben die Bundesrepublik schon immer geprägt. Erst jetzt, wo der Sozialstaat in der finanziellen Krise steckt, wird es „neu“ entdeckt.

Nicht die Realitäten haben sich maßgeblich verändert. Sie werden unter veränderten Rahmenbedingungen staatlicher Politik nur neu interpretiert. Zu warnen ist vor Konzepten, die über die gesellschaftlichen Organisationen (als Kern der Zivilgesellschaft) und freiwilliges soziales Engagement die Krise des Sozialstaates beheben wollen.

Zwar beweisen Untersuchungen, daß das soziale Engagement der Bürger insgesamt nicht abgenommen hat. Dennoch erleben alle klassischen Großorganisationen in der Bundesrepublik dramatische Mitgliederverluste. Immer schwieriger wird es, Mitglieder zu rekrutieren und motivieren.

Offensichtlich haben sich die Motive des Engagements gewandelt: Traditionelle Werte wie Opferbereitschaft verlieren an Bedeutung. An die Stelle der bedingungslosen Hingabe an die soziale Aufgabe tritt heute der Wunsch nach einem freiwillig gewählten Engagement. Denn das läßt sich zeitlich den eigenen Bedürfnissen und den immer individueller werdenden Lebensplänen anpassen. „Alte“ Solidarität und die damit verbundenen zentralen Werte wie Klassensolidarität oder christliche Nächstenliebe verlieren an Bedeutung.

Demgegenüber die „neue“ Solidarität: Sie ist geprägt von sozialer Gesinnung, persönlicher Betroffenheit, dem Wunsch nach Selbstverwirklichung und politischer Veränderung; sie entwickelt sich meist in überschaubaren Zusammenhängen und ist wenig formal organisiert. Solidarität ist zwar nicht verschwunden. Sie

nimmt allerdings ganz andere Formen an.

Vieles von dem, was jetzt medienwirksam als Zivilengagement verkauft wird, existiert also schon lange. Neue Wege der Problemlösung oder gar Visionen sind nicht erkennbar.

Kritisch wird das Thema auch in den USA diskutiert – dort unter dem Schlagwort „Sozialkapital“. Zivilengagement, so ein zentrales Argument, beeinflusst die Qualität des öffentlichen Lebens erheblich und ist insofern ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Doch selbst in den neu entstandenen „Non-Profit-Organisationen“ geht die soziale Verbundenheit zurück. Sowohl in klassischen sozial orientierten Vereinigungen

als auch in den neuen Formen – das „Sozialkapital“ in den USA ist in den letzten Jahren massiv erodiert.

In Deutschland ist vor allem in konfessionell geprägten Milieus nach wie vor ein kleiner Kern von regelmäßig zivilgesellschaftlich aktiven Menschen vorhanden. Daneben wird seit den 80er Jahren die Gruppe derer größer, die sich in neuen Organisationsformen zusammenfinden – etwa in Selbsthilfegruppen, Freiwilligenzentren oder Tausch- und Kooperationsringen.

Bei diesen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements steht die Politik in der Verantwortung. Ihre Aufgabe ist es vor allem, die Infrastruktur für freiwilliges soziales Engagement zu schaffen – dies darf den kleinräumigen Initiativen nicht überlassen werden. Nur mit mutigen politischen Experimenten läßt sich das bereits erodierende „soziale Kapital“ wieder stabilisieren und neu motivieren.

Zivilgesellschaftliche Ressourcen sind nicht „umsonst“ zu haben, sondern müssen „gepflegt“ und unterstützt werden. Nur symbolische Politik wie die Forderung nach einer nationalen Freiwilligenagentur hilft da nicht weiter. Appelle zum verstärkten gesellschaftspolitischen Engagement sind oft substanzlos.

Das Risiko ist so groß, dass Interessenten keine angemessenen Angebote vorfinden, sich auf lokaler Ebene zu organisieren. Enttäuschung würde dann neue Potentiale schnell wieder versiegen lassen und Vertrauen abbauen. Zivilgesellschaftliche Potentiale bilden oder erneuern sich nicht spontan. Gefragt ist eine aktivierende Politik.

ROLF G. HEINZE ist Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Bochum

Anfang Juni findet in Berlin eine internationale Konferenz zum „Regieren im 21. Jahrhundert“ statt. Diese Serie greift die wichtigsten Themen heraus.



17. Teil der Serie.
Mit „Les Echos“,
Frankreich, und
„Expansion“, Spanien